

Zeitschrift: Plan : Zeitschrift für Planen, Energie, Kommunalwesen und Umwelttechnik = revue suisse d'urbanisme

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung für Landesplanung

Band: 29 (1972)

Heft: 6

Artikel: Wirtschaftliche Entwicklung trotz Umweltschutz?

Autor: Kiefer, Jörg

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-782489>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftliche Entwicklung trotz Umweltschutz?

Seit sich auch der letzte bewusst geworden ist, wie gefährlich eine weitere rücksichtslose Ausnutzung und Zerstörung unserer Umwelt ist, steht die Wirtschaft unter ständigem Beschuss. Forderungen tauchen auf, auf alle ökonomischen Fortschritte zugunsten des Umweltschutzes zu verzichten. An verschiedenen Tagungen befassen sich die schweizerischen Textilveredler mit diesen Fragen und suchen nach Lösungen, die den aktuellen Bedürfnissen gerecht werden.

An einer solchen Oekologietagung (Ende Oktober 1972 in Baden) konnte Direktor W. Keller, St. Gallen, unter den über 350 Teilnehmern Vertreter der Textil-, Maschinen- und chemischen Industrie, von kantonalen Umweltschutz- und Wasserwirtschaftsämtern sowie von Hochschulen begrüßen, was auf das grosse Interesse an dieser Tagung hinweist. Diese Kreise arbeiten auch mit der neu zu schaffenden Boden-Wasser-Luft-Gruppe der schweizerischen Textilveredlungsindustrie zusammen. Information und Zusammenarbeit gehören zu den Hauptzielen dieser Gruppen, denn in anderen Zweigen sind die Probleme oft gleich gelagert. «Wir dürfen nicht mehr weiter zuwarten und hoffen, dass die Lösungen uns ins Haus geliefert werden», rief Direktor Keller auf. Mit der Bildung der Arbeitsgruppen ist die theoretische Grundlage für einen aktiven Umweltschutz geschaffen.

Art des Wachstums wichtig

Zu Beginn der Tagung rief der Sandoz-Film «Bedrohte Natur» eindrücklich in Erinnerung, wie weit der Uhrzeiger der Umweltzerstörung bereits vorgerückt ist. Dr. E. Merian von der Sandoz erklärte, dass die Textilveredlungsindustrie vermehrt auf nichtabbbaubare Stoffe verzichten müsse. In jahrelanger Kleinarbeit müssen Materialbilanzen gezogen werden. Zwar sind Farbstoffe nicht giftig, sie fallen jedoch missliebig auf, weil sie die Gewässer färben. Gefährlich ist die zunehmende Menge der Phosphate. Mit einer Schwarzweissdarstellung ist der Umweltverschmutzung nicht beizukommen. Auch eine Änderung unseres Systems hilft nicht weiter. Umweltschutz und wirtschaftliche Entwicklung können Hand in Hand gehen. Man muss sich weniger um die Höhe des Wachstums kümmern als um dessen Art. Die technische und gesellschaftliche Entwicklung sind untrennbar. «Der zu zahlende Preis ist jedoch gering», schloss

Dr. Merian, «wenn man eine gesunde Umwelt für uns und unsere Familien erkaufen kann.»

Luftverschmutzung darf nicht zunehmen

Dr. B. Böhnen, Vizedirektor des Eidgenössischen Amtes für Umweltschutz in Bern, vertrat die Ansicht, dass eine Umweltpolitik nicht im Widerspruch zu einem technischen Fortschritt liegt. Deren Bedürfnisse eröffnen neue Erfindungsmöglichkeiten und der Industrie neue Marktchancen. Die «Financial Times» habe diesen Wandel im Denken wie folgt ausgedrückt: «Das Optimum liegt nicht mehr im grösstmöglichen Profit, sondern in einem Gleichgewicht zwischen dem Standpunkt des Unternehmens und der Umwelt, zum Beispiel seiner Arbeitnehmer. Mit Anschuldigungen gegen Wirtschaft und Behörden kommt man nicht weiter. Erst in den letzten Jahren hat sich das Umweltschutzdenken durchgesetzt. Die Technik ermöglichte grosse Erfindungen. Sie fehlen auf dem Gebiet des Umweltschutzes, weil keine wirtschaftliche Notwendigkeit bestand, weil eine klare Zielsetzung und ein Gesamtkonzept fehlten.» An Beispielen bewies Böhnen, dass «Unmögliches» Tatsache wird, wenn die Notwendigkeit dazu vorhanden ist. Vor zwei Jahren entstand ein Konzept für Lufthygiene. Die Luftverschmutzung darf nicht zunehmen, sie muss, wo immer möglich, sinken. Mit einem flexiblen Konzept werden präzise Grenzwerte darüber, was noch tolerierbar ist, vermieden. Der aktuelle Zustand gilt als Ausgangspunkt. Es lassen sich nicht alle Verunreinigungen abschaffen, doch lautet das Ziel, dass das tolerierbare Mass auf dem absoluten Minimum zu halten ist.

Wir alle müssen verzichten

Professor W. Stumm, Dübendorf, zeigte anhand von Beispielen die Wirksamkeit und die Mängel bestehender Gewässerreinigungsmethoden auf. Die gegenwärtige Situation ist durch ein Zusammentreffen vieler Eingriffe entstanden. Die öffentlichen Anlagen sollen die industriellen Abwasser reinigen müssen. Dazu sollte es betriebspezifische Anlagen geben. Umweltfeindliche Produktion ist einzustellen. Für eine Lösung des Umweltschutzproblems zeigte sich Professor Stumm nicht so optimistisch wie die andern Referenten: «Geld und technisches Wissen genügen nicht. Wir alle müssen verzichten. Wir dürfen jedoch die Erfindungsgabe und Anpassungsfähigkeit des Menschen nicht unterschätzen.»

Vergabungen der Firma Buser

In Baden überbrachte Verwaltungsratspräsident Vögelin von der Firma Buser AG, Wiler bei Utzenstorf, die Maschinen für die Textilveredlungsindustrie herstellt, zwei Vergabungen. Die Eidgenössische Materialprüfungsanstalt St. Gallen durfte einen Scheck von 10 000 Franken entgegennehmen. Die Mittel sind für Aufwendungen gedacht, die mit dem Umweltschutz in der Textilindustrie zusammenhängen. Das Institut für Textilmaschinenbau und Textilindustrie an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich erhielt 32 000 Franken für einen elektrooptischen Wegmesser. Präsident Vögelin betonte, dass sich seine Firma bemühe, umweltfreundliche Maschinen herzustellen. Sie hofft, dass mit den Beiträgen mehr für den Schutz unserer Umwelt getan werden kann.

Werner Berger

Eine bernisch-solothurnische Kehrichtregion

Verständigung in der Standortfrage

Am 7. Mai des letzten Jahres unterzeichneten die Vertreter von 45 solothurnischen und 30 bernischen Gemeinden die Gründungsurkunde der regionalen Kehrichtbe seitigungs-AG (Kebag). Inzwischen sind der Kebag 81 Gemeinden aus den beiden Kantonen beigetreten, und im Endzustand soll die Kehrichtverbrennungsanlage (KVA) 176 Gemeinden mit total 260 000 Einwohnern dienen. In jüngster Zeit haben sich allerdings erhebliche Schwierigkeiten ergeben, indem die solothurnische Gemeinde Zuchwil, auf deren Gebiet der nach eingehenden Studien gewählte Standort Emmenspitz liegt, das im Herbst 1971 eingereichte Baugesuch abgelehnt und auch einem Wiedererwägungsgesuch nicht stattgegeben hat.

Die Kebag gelangte hierauf mit einer Beschwerde an den Solothurner Regierungsrat. Dieser hiess die Beschwerde gut und bestätigte den Emmenspitz als Standort der Verbrennungsanlage, worauf der Gemeinderat von Zuchwil den Beschluss fasste, die KVA unter der Bedingung zu akzeptieren, dass sie als Standortgemeinde auf 20 Jahre hin vom Transportkosten ausgleich vollständig befreit wird. Bis die weiteren Verhandlungen abgeschlossen sind, soll die beim Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn gegen den Entscheid des Regierungsrats vorsorglicherweise eingereichte Beschwerde sistiert werden. An der in Solothurn durchgeführten Generalversammlung der Kebag, an der die Aktionäre aus 65 Gemeinden vertreten waren, ist nun beschlossen worden, den Forderungen der Gemeinde Zuchwil nachzukommen und sie auf 20 Jahre hin vom Transportkosten ausgleich vollständig zu befreien. Dadurch steht dem Baubeginn für die KVA nichts mehr im Wege.

Jörg Kiefer